

DV verabschiedet Kursbuch zur energetischen Gebäudesanierung



© Jürgen Fälchle, Fotolia.com

Mit sektoralen Einzelmaßnahmen werden wir beim Klimaschutz im Gebäudebereich nicht vorankommen – diese Botschaft gab der Deutsche Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung (DV) der Bundesregierung bei seiner Jahrestagung am 28. Mai 2019 in der KfW-Niederlassung in Berlin mit auf den Weg. Die Veranstaltung fand am Vortag des Klimakabinetts statt, bei dem die Bundesregierung über das Klimaschutzgesetz und weiteren Maßnahmen verhandelte, um die Klimaziele zu erreichen. Die verschiedenen Redner machten deutlich, dass es entscheidend sein wird, Umwelt, Wirtschaft, Rechtsrahmen und individuelles Verhalten endlich zusammenzudenken. Quartiere sollten dabei als „Real-Labore“ für innovative Modellprojekte dienen. Ein im April 2019 veröffentlichtes Papier der Arbeitsgruppe „Energie“ des DV gibt konkrete Handlungsempfehlungen, wie der Klimaschutz im Gebäudebereich gelingen kann. Die teilnehmenden Fachverbände und bundespolitischen Sprecher lobten Werner Spec, Oberbürgermeister der Stadt Ludwigsburg und Leiter der AG „Energie“, für den Fahrplan. Er sei eine anwendungsorientierte Hilfestellung, die die Bundesregierung berücksichtigen sollte.

Quartier als Nukleus des Klimaschutzes

„Ich bin sicher, dass unser Klimaexperte Spec mit diesem Papier das bundespolitische Kursbuch zum Erreichen der Klimaziele im Gebäudesektor verfasst hat“, sagte der Präsident des DV, Michael Groschek, Staatsminister a. D. Die Klimaziele ließen sich im Gebäudebereich lediglich durch Sanierung im Bestand erreichen – und das funktioniert nur auf der Ebene des Stadtviertels: „Das Quartier muss der Nukleus einer großen Klimaschutzperspektive werden“, machte Groschek deutlich. „Nicht das einzelne Gebäude

IN DIESER AUSGABE

Europapolitische Konferenz in Düsseldorf	Seite 4
Austausch mit Bundestagsabgeordneten zur EU-Stadtentwicklungspolitik	Seite 6
Dialogprozess für eine erneuerte Leipzig-Charta	Seite 6
Politischer Abend mit Umweltministerin Svenja Schulze	Seite 7

muss als Dämmobjekt ein Maximum an CO₂ einsparen, sondern das komplette Quartier. Das sollte technologieoffen geschehen, orientiert am Preis-Leistungs-Verhältnis. Mit Maßnahmen wie Sektorkopplung, Verbrauchssteuerung, Zwischenspeicherung und nachhaltigen Mobilitätslösungen lassen sich im Quartier energetische Modernisierungen optimal mit einer klimaneutralen Energieversorgung verbinden. „Der Kurswechsel vom Leuchtturmobjekt im Neubau hin zur Sanierungsoffensive im Altbau ist überfällig“, betonte Groschek.

Zentrale Kursbuch-Empfehlungen

Das Kursbuch des DV spricht sich dementsprechend für eine Stärkung von Quartierslösungen und mehr Technologieoffenheit aus. Weitere zentrale Empfehlungen sind die CO₂-Orientierung der energetischen Gebäudeanforderungen sowie eine intensivere Beratung und Begleitung von privaten Gebäudeeigentümern – denn Kleinvermieter und Selbstnutzer halten fast 80 Prozent des Wohnungsbestandes. Dabei kommt insbesondere den Kommunen eine entscheidende Rolle zu: Es gilt, Prozesse anzustoßen, Akteure zu mobilisieren, zwischen ihnen zu moderieren und damit die unterschiedlichen Interessenlagen im Quartier zu koordinieren. Zudem sollte die Fördersystematik gemäß dem Kursbuch verändert werden und sich künftig stärker an den unterschiedlichen Zielgruppen und deren Bedürfnissen und Möglichkeiten ausrichten. Denn wir brauchen zur Steigerung der energetischen Gebäudesanierung eine größere Breitenwirkung und weniger hochambitionierte Vollsanierungen. Um Anreize zu setzen, wäre neben Investitionszuschüssen endlich auch die steuerliche Förderung notwendig. Beides sollte möglichst nah am Anforderungsniveau fördern. Da Bestandsgebäude baulich und technisch sehr unterschiedlich sein können, und die Sanierung dadurch bei manchen Häusern viel teurer und aufwändiger ist als bei anderen, sollte zum Beispiel überprüft werden, ob deren Ausgangszustand nicht in die Bewertung einer Förderung mit einfließen müsste.

Über CO₂-Bepreisung nachdenken

Florian Pronold, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, sprach sich dafür aus, eine CO₂-Bepreisung in Betracht zu ziehen: „Wir zahlen Abwassergebühren. Dieses Modell könnte man auch bei CO₂ in Betracht ziehen.“ Das gibt wirtschaftliche Anreize für technologieoffene Maßnah-

i INFORMATION

Das Kursbuch bzw. den Fahrplan der AG Energie des DV mit aktuellen Empfehlungen für einen wirksamen, sozial- und wirtschaftsverträglichen Klimaschutz im Gebäudebereich finden Sie unter:

 www.deutscher-verband.org/publikationen/positionen

Die Broschüre „Das Quartier als Schlüssel zur Steigerung der Sanierungsrate“ stellt die Erkenntnisse aus dem EnEff:Stadt-Forschungsvorhaben ‚Drei Prozent Projekt – energieeffizienter Sanierungsfahrplan für kommunale Quartiere 2050‘ vor. Aktuell arbeiten die Verbundpartner DV, B.&S.U. GmbH und die Hochschule für Technik Stuttgart im Nachfolgeprojekt ‚3 % plus‘ an der Weiterentwicklung der Forschungsergebnisse.

 www.deutscher-verband.org/publikationen/dokumentationen

men, die am Kern des Klimaschutzes ansetzen: Der CO₂-Reduzierung. Zudem appellierte er für mehr Zusammenarbeit der beteiligten Akteure beim Klimaschutz: „Alle müssen sich aus ihren Schützengräben rausbewegen!“

Sektorale Herangehensweise vermeiden

Prof. Dr. Ortwin Renn, wissenschaftlicher Direktor des „Institute for Sustainability Studies“ (IASS) Potsdam warb intensiv für eine integrierte Herangehensweise: „Wenn wir 2050 klimaneutral sein wollen, dürfen wir nicht sektoral denken.“ Es sei wesentlich, Technik, die betriebswirtschaftliche Organisation von Dienstleistungen, Regulierungen und das Sozialverhalten der Menschen zusammenzudenken. Zudem mahnte auch er, dass die Klimaziele nicht alleine mit Dämmung und Effizienzmaßnahmen zu erreichen seien, auch wenn die energetische Sanierungsquote erhöht werden müsste. Was Anreize zur Sanierung angeht, so hätte sich in Studien des IASS gezeigt, dass Zuschussförderung eine stärkere Wirkung habe als Steuererleichterungen.

Nicht weitermachen wie bisher

Entscheidend wird nun sein, wie schnell die Politik handelt: „Die jungen Leute von ‚Fridays for Future‘ wissen vielleicht nicht, was schon alles gemacht wird. Aber trotzdem haben sie vollkommen recht! In nur 30 Jahren müssen wir die Dekarbonisierung erreicht haben. Wenn wir so weitermachen wie bisher, schaffen wir das hinten und vorne nicht“, mahnte Werner Spec. Sein Appell an die Regierung: Die Dienste des DV als Dialogplattform und seine Kontakte zu allen wichtigen Akteuren im Bereich Klimaschutz im Gebäudebestand zu nutzen und zu unterstützen.



Empfehlungen der Baulandkommission

Die Expertenkommission „Nachhaltige Baulandmobilisierung und Bodenpolitik“ hat am 2. Juli 2019 Handlungsempfehlungen vorgelegt. Diese decken ein breites Spektrum an Maßnahmen ab, die zur Stärkung der Kommunen für eine nachhaltige Liegenschaftspolitik notwendig sind. Sie reichen von haushalts- und baurechtlichen Anpassungen bis hin zu Unterstützungsangeboten von Bund und Ländern. Der Gesamtbericht, der die Beratungen zu den unterschiedlichen Themenkomplexen dokumentiert, wird demnächst ebenfalls veröffentlicht werden. Der DV begleitete die Arbeit der Kommission als Geschäftsstelle.

Workshop fördert Austausch der deutschen URBACT-Städte

Beim ersten deutschen URBACT Campus am 10. und 11. April 2019 in Magdeburg ging es um den Austausch der fünf deutschen Netzwerkstädte untereinander. Normalerweise liegt der Schwerpunkt des URBACT-Programms auf dem Wissenstransfer innerhalb der europäischen Netzwerke. Die Campus-Veranstaltungen, die in ähnlicher Form in allen Mitgliedstaaten stattfanden, gaben den teilnehmenden Kommunen die Möglichkeit, über Herausforderungen zu sprechen, die speziell mit nationalen Rahmenbedingungen zusammenhängen und auch die Projekte der eigenen Landsleute kennenzulernen. Der DV als Nationale URBACT Informationsstelle organisierte den Workshop.

Viertes Treffen der TransRegio Allianz

Vom 20. bis 21. Mai 2019 kamen die Mitglieder der TransRegio Allianz unter Leitung des DV zusammen. Vertreter ostdeutscher Ministerien diskutierten den Stand thematisch verwandter Interreg-Projekte. Insbesondere ging es um eine bessere Anbindung von ländlichen Regionen mithilfe des öffentlichen Nahverkehrs an zentrale Verkehrsknoten. Der Gastgeber, das Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft, lud die Mitglieder zudem zur ‚Europäischen Nahverkehrskonferenz‘ am 21. Mai ein, die vom Interreg-Projekt SubNodes organisiert wurde.

Treffen von „Peripheral Access“ in Brünn

Vom 3. bis zum 6. Juni 2019 fand in Brünn das vierte Partnertreffen des Interreg-Projektes „Peripheral Access“ unter Leitung des DV statt. In dem transnationalen Kooperationsprojekt arbeiten neun Partner aus Mitteleuropa an innovativen Mobilitätslösungen für abgelegene Regionen. Im Zentrum stand das Zusammenführen der einzelnen Ergebnisse und Pilotvorhaben in eine räumliche Strategie und die Erarbeitung gemeinsamer Empfehlungen an die Politik. Im Anschluss fand der „City Industry Dialogue“ statt, eine Konferenz, auf der aktuelle Trends und Lösungen insbesondere im Bereich Ticketing und „Mobilität als Dienstleistung“ präsentiert wurden.

Europapolitische Konferenz zu anstehenden Weichenstellungen in der Stadtentwicklungspolitik

70. Tagung des Deutsch-Österreichischen URBAN-Netzwerks

Die Wahl des EU-Parlaments, die anstehende Neubesetzung der EU-Kommission, die neue EU-Förderperiode ab 2021 und die nahende deutsche EU-Ratspräsidentschaft mit der Erneuerung der Leipzig-Charta: Diese laufenden Prozesse bildeten den Rahmen für die europapolitische Konferenz des DV zur nachhaltigen Stadtentwicklungspolitik am 17. Mai 2019 in Düsseldorf. Für die Gäste aus Wissenschaft, Politik und Verwaltung aller föderalen Ebenen gab das den Anlass, einmal grundsätzlich auf die zukünftigen Herausforderungen europäischer Stadtentwicklung zu blicken. Sie diskutierten gemeinsam, wie die EU mit einer geschickten Rahmensetzung und Förderpolitik zu lebenswerten Städten in Deutschland und Europa beitragen kann.

Kommunen zu aktiver Gestaltung befähigen

Die Städte Europas zeichnen sich durch eine lange Tradition sowie regionale Vielfalt aus. „Sie stellen für Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union einen besonderen Ort der kulturellen Identität, Verbundenheit und Heimat dar und haben damit ein hohes integratives Potenzial“, sagte Michael Groschek, DV-Präsident und Staatsminister a. D., zum Auftakt der Tagung. Das dürfe jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass Kommunen heute vor Herausforderungen stehen, für die sie im Alleingang keine Antworten finden – genauso wenig wie Regionen oder Nationen.

Hierzu gehören laut dem Vorsitzenden der Expertenbeirats „Nationale Stadtentwicklungspolitik“, Prof. Dr. Klaus J. Beckmann, zum Beispiel Fragen der Migration, der digitalen Transformation, der Energie- und Mobilitätswende

sowie des Klima- und Ressourcenschutzes. Es ist daher entscheidend, die europäischen Städte in die Lage zu versetzen, dass sie aktiv und gemeinwohlorientiert mitgestalten können und den genannten dynamischen Prozessen nicht vom Spielfeldrand aus zusehen müssen. Hier leistet die EU mit ihrer Gesetzgebung und ihrer finanziellen Unterstützung durch die Kohäsionspolitik einen wichtigen Beitrag, der jedoch stetig angepasst werden muss. Denn wie Düsseldorfs Oberbürgermeister Thomas Geisel betonte, ist die Stadtentwicklung als eine Daueraufgabe zu verstehen: „Für den Zusammenhalt in einer städtischen Gesellschaft gibt es zu keinem Zeitpunkt eine Garantie, die ein Zurücklehnen erlaubt.“

Eine neue Leipzig-Charta

Die Leipzig-Charta von 2007 benennt die Prinzipien der integrierten nachhaltigen Stadtentwicklung und bietet eine inhaltliche Orientierung bei der Gestaltung von Förderprogrammen auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene. Als mitgliedstaatliche Vereinbarung wurde sie in der vergangenen Dekade zu einem Kompass für die Gestaltung nationaler Stadtentwicklungspolitiken. Angesichts der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2020 wird das Dokument aktuell unter Federführung des Bundesinnenministeriums und des BBSR überarbeitet. Der DV ist als Auftragnehmer eng in die Umsetzung des Dialogprozesses eingebunden. Die Neuausrichtung der Leipzig-Charta ist angesichts der von Prof. Beckmann weiter oben genannten globalen Trends unausweichlich. Zudem muss die neue Charta auch die stadtentwicklungspolitischen Dokumente und Beschlüsse



Dietrich Sulrieh, Michael Groschek, Christian Huttenloher, Thomas Geisel, Cornelia Zuschke. © DV, Susanne Schmidt-Dominé



Mart Grisel, Dr. Jörg Lackenbauer, Prof. Dr. Hasan Alkas, Dr. Stefan Berger, Alexandra Geese, Christian Huttenloher. © DV, Susanne Schmidt-Dominé

berücksichtigen, die in den letzten zwölf Jahren auf europäischer und globaler Ebene verabschiedet wurden.

Die Gäste der europapolitischen Konferenz diskutierten vor diesem Hintergrund, welche Impulse eine neue Leipzig-Charta setzen muss. Dabei betonte Anne Katrin Bohle, Staatssekretärin im Bundesinnenministerium, die notwendige Handlungs- und Manövrierfähigkeit, die Kommunen brauchen, um die in der Charta verankerten Ziele und Prinzipien umsetzen zu können. Auch solle die Charta der Städtischen Agenda für die EU eine angemessene Bedeutung zollen: Diese hat die Rolle der europäischen Städte mit den thematischen Partnerschaften gestärkt, in denen erstmals Kommunen, Mitgliedstaaten, EU-Kommission und weitere Stakeholder über alle Regierungsebenen hinweg zusammenarbeiteten und Empfehlungen für eine stadtverträglichere Rechtssetzung und Förderung sowie den städtischen Wissenstransfer gaben. Die Erfahrungen aus diesen Prozessen sollten Eingang in die nachjustierte Leipzig-Charta finden.

Wissenschaft und Praktiker waren sich zudem einig, dass eine reflektierte Prozessgestaltung hin zu ‚Good Governance‘ notwendig sei, um mit Transparenz und Teilhabe das Vertrauen in die Kommunen und die EU zu festigen. Cornelia Zuschke betonte den Gestaltungs- und Mitsprachewille der Bürgerschaft, dem die Politik aktiv und aus Überzeugung Rechnung tragen müsse: „Demokratie bedeutet für uns nicht nur Bringpflicht, sondern auch Holpflicht“, stellte die Beigeordnete der Landeshauptstadt Düsseldorf heraus. Dieser ‚Holpflicht‘ nachzukommen, sei für alle Städte Europas von Bedeutung. Zudem müssten die großen Unterschiede zwischen den Städten Beachtung finden und damit auch die unterschiedlichen Voraussetzungen, die sie zum Erfüllen ihrer Aufgaben mitbringen.

Bezug zum Bürger nicht verlieren

Kleinere und mittlere Städte haben oft nicht genügend Mittel und Personal, um eine sektorübergreifende, integrierte und partizipative Stadtentwicklung umzusetzen, wie sie die Leipzig-Charta anstrebt. Gerade diese sogenannten „Ankerstädte“ im ländlichen Raum bilden aber das Grundgerüst für die polyzentrische Siedlungsstruktur, die Europa auszeichnet. Hier muss die EU-Förderpolitik allen europäischen Kommunen die Möglichkeit bieten, ihre Stadtentwicklungspolitik an gemeinsamen Leitlinien auszurichten und die Leistungsfähigkeit im Umgang mit urbanen Herausforderungen europaweit anzugleichen. Neben innovativen



Anne Katrin Bohle, Staatssekretärin im Bundesinnenministerium.
© DV, Susanne Schmidt-Dominé

Leuchtturmprojekten der Großstädte sein „ein fairer Interessenausgleich zwischen Metropolen und kleineren Städten in der EU-Stadtentwicklungspolitik unabdingbar für den sozialen Zusammenhalt“, mahnte Dr. Andreas Hollstein, Bürgermeister der nordrhein-westfälischen Kleinstadt Altena. Denn immerhin lebten knapp die Hälfte der Europäer in Städten mit weniger als 100.000 Einwohnern.

Die EU-Förderpolitik war auch Thema der abschließenden Diskussionsrunde mit den drei Kandidaten für das Europaparlament Prof. Dr. Hasan Alkas (SPD), Dr. Stefan Berger (CDU) und Alexandra Geese (Grüne). Auch hier kristallisierte sich heraus, dass eine flexiblere und bedarfsgerechte Förderstruktur insgesamt – aber vor allem auch für die kleineren Städte – von großer Bedeutung ist. Ansonsten droht die EU die Kommunen, und damit einen direkten Bezug zu den Bürgerinnen und Bürgern, zu verlieren. Für diese wichtigen kommunalen und städtebaulichen Themen in Europa konnte sich der DV bei den Parlamentariern als Ansprechpartner anbieten und sie für die kommenden europapolitischen Weichenstellungen sensibilisieren.

ANSPRECHPARTNER

Jonas Scholze | j.scholze@deutscher-verband.org

INFORMATION

Die europapolitische Konferenz fand im Rahmen einer zweitägigen Tagung des Deutsch-Österreichischen URBAN-Netzwerks statt. Weitere Informationen zum Thema:

- » Deutsch-Österreichisches URBAN-Netzwerk:
www.deutscher-verband.org/aktivitaeten/netzwerke/urban-netzwerk
- » Empfehlungen des DV zur Europawahl:
www.deutscher-verband.org/publikationen/positionen
- » Erneuerung der Leipzig-Charta:
www.deutscher-verband.org/aktivitaeten/projekte/weiterentwicklung-leipzig-charta

DV-Salon: Austausch mit Bundestagsabgeordneten

Mit seinem neuen Format der „Salongespräche“ möchte der DV Bundestagsabgeordnete aus dem Bauausschuss sowie weitere Interessenten ab sofort regelmäßig zu einem fachpolitischen Austausch zu Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen zusammenbringen. Ziel ist es, Erkenntnisse aus der Verbands- und Projektarbeit weiterzugeben und den politischen Mandatsträgern gleichzeitig einen geschützten Raum zu bieten, um mit Experten und Praktikern offen zu diskutieren.

Zum Auftakt am 14. Mai 2019 stand die Rolle nachhaltiger und integrierter Stadtentwicklung in den EU-Politiken sowie deren praktische Umsetzbarkeit im Fokus. Gastgeber war die Stiftung Berliner Leben der Gewobag. Zunächst gab Prof. Dr. Silke Weidner von der BTU Cottbus-Senftenberg einen kurzen Einblick über die aktuellen europapolitischen Meilensteine

der Stadtentwicklung, wie etwa die neue EU-Förderperiode ab 2020 und die Erneuerung der Leipzig-Charta. Anschließend verdeutlichte Dr. Oliver Hermann, Bürgermeister von Wittenberge, am Beispiel des Stadt-Umland-Wettbewerbs in Brandenburg, dass den kleineren Kommunen oft Strukturen und Ressourcen zur Umsetzung von europäischen Förderprogrammen fehlten. Auch für Levente Sárközy, Baubürgermeister von Plauen, ist der Einsatz europäischer Fördermittel eine administrative Herausforderung. Trotzdem würden diese dazu beitragen, ganzheitliche Ansätze umzusetzen. Es sei jedoch wichtig, kleine Fördergebiete auszuwählen und dort verschiedene Mittel zu kombinieren.

ANSPRECHPARTNER

Christian Huttenloher | c.huttenloher@deutscher-verband.org

Stand des Dialogprozesses für eine erneuerte Leipzig-Charta

Zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020 wird die Leipzig-Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt erneuert. Im Auftrag des Bundesinnenministeriums und des BBSR koordiniert der DV zusammen mit dem europäischen Netzwerk EUKN und der BTU Cottbus-Senftenberg dafür einen entsprechenden Dialogprozess auf nationaler und europäischer Ebene.

Die dritte nationale Experten-Sitzung fand am 23. und 24. Mai 2019 in Berlin statt. Dabei stand zum einen der räumliche Fokus der künftigen Charta im Fokus. Die Leipzig-Charta von 2007 forderte einen besonderen Handlungsbedarf für „benachteiligte Quartiere“. Dieser Schwerpunkt hat seine Berechtigung bis heute nicht verloren. Allerdings haben integrierte Quartiersansätze auch für weitere Themen wie Demografie, Mobilität oder Energie an Bedeutung gewonnen. Konsens bestand bei der dritten Sitzung darüber, dass das Quartier nach wie vor eine wichtige Handlungsebene für integrierte Stadtentwicklungsmaßnahmen ist: Allerdings forderten viele Teilnehmer, dass weniger die Charakterisierung als vielmehr verschiedene Funktionen von Quartieren im Vordergrund stehen sollten. Auch müssten Quartier, Gesamtstadt und Umland besser verzahnt werden. Denn die Lebenswirklichkeit der meisten Menschen spielt sich auf Ebene der Stadtregion ab. Am zweiten Tag diskutierten die Teilnehmer, welche rechtlichen und finanziellen Rah-

menbedingungen Städte auf kommunaler, nationaler und EU-Ebene brauchen, um die integrierten Prinzipien der neuen Charta überhaupt umsetzen zu können. Konsens war, dass Städte handlungsfähig sein müssen und genügend Spielraum brauchen, um ihren genuinen Aufgaben nachzukommen.

Bei der dritten europäischen Sitzung am 3./4. Juli 2019 in Brüssel präsentierte das Konsortium erste Textbausteine der Charta. Es kristallisierte sich heraus, dass einige Begrifflichkeiten noch besser definiert werden müssen, gerade, was ihre Übersetzung ins Englische betrifft. Zudem wurde von einigen Seiten angemahnt, die Fortschreibung der EU Urban Agenda besser in die Charta einzubetten und diese zudem „aktiver“ zu gestalten. Auch unterschiedliche Ansprüche wurden laut: Während die Charta aus deutscher Sicht ein politisches Strategiepapier sein soll, fordern manchen Mitgliedstaaten ein umsetzungsorientiertes Dokument mit praktischen Handreichungen für Städte. Hier gilt es, weiter zu schärfen und das Alleinstellungsmerkmal der erneuerten Charta besser herauszustellen. Die nächste nationale Sitzung findet im Oktober 2019 statt, dann wieder in Berlin.

ANSPRECHPARTNER

Heike Mages | h.mages@deutscher-verband.org
Jonas Scholze | j.scholze@deutscher-verband.org

Klimaschutz im Gebäudebestand sozialverträglich erreichen

Politischer Abend mit Umweltministerin Svenja Schulze

Wir müssen den stockenden Klimaschutz bei Gebäuden wieder in Schwung bringen. Dies war die Botschaft des politischen Abends „Raus aus der Sackgasse beim Klimaschutz im Gebäudebestand!“ am 10. April 2019 in Berlin. Der DV hatte dazu die Bundesumweltministerin Svenja Schulze, den Vorsitzenden der Deutschen Unternehmerinitiative Energieeffizienz, MdB Carsten Müller, den Bundesdirektor des Mieterbundes Lukas Siebenkotten und den Vorstandsvorsitzenden von Vonovia, Rolf Buch, zusammengebracht. Es ging darum, wie die Klimaschutzziele so erreicht werden können, dass die Wohnkostenbelastungen nicht zu stark steigen und die Investitionen wirtschaftlich tragfähig sind.

Trotz des großen Zuspruchs für die „Fridays for Future Bewegung“ der Jugend beklagten alle Teilnehmer die schwindende Akzeptanz für umfassende Modernisierungen bei Mietern und Selbstnutzern. Um endlich einen wirkungsvollen Klimaschutz auf den Weg zu bringen, müssen wir den rechtlichen und förderpolitischen Rahmen dringend anpassen, findet der DV. Dazu forderte der DV mit allen Verbänden die rasche Verabschiedung des Gebäudeenergiegesetzes (GEG). Er bedauerte sehr, dass der Bund keine Gebäudekommission einsetzen wird.



Michael Groschek, Svenja Schulze und Rolf Buch. © DV, André Hercher

Svenja Schulze betonte die Brisanz der Wohnkosten. Die Angst vor unbezahlbaren Mieten führe in Berlin zu unvernünftigen Enteignungsdebatten. „Doch liegen die Mietsteigerungen an den Klimaschutzanforderungen oder an übertriebenen Renditeerwartungen?“, fragte die Ministerin kritisch. Um den Gebäudesektor auf den richtigen Pfad zurückzubringen, habe das erste Klimakabinett am Vormittag beschlossen, noch 2019 einen verbindlichen Rahmen für den Klimaschutz mit einem Maßnahmenmix aller Bundesressorts zu verabschieden.

ANSPRECHPARTNER

Christian Huttenloher | c.huttenloher@deutscher-verband.org

Energie & Mobilität: Kommunale Belange berücksichtigen

Die Arbeitsgruppe für Städte und Gemeinden bei der Internationalen Energieagentur (IEA) traf sich am 16. und 17. April 2019 in Berlin. Der DV richtete das internationale Treffen im Rahmen des Verbundforschungsvorhabens „Drei Prozent Plus – Umsetzung des energieeffizienten Sanierungsfahrplans für kommunale Quartiere“ aus. In der Arbeitsgruppe tauschen sich Wissenschaftlern und externe Experten technologieübergreifend aus. Sie zielt darauf ab, kommunale Belange bei der Energie- und Mobilitätswende in die Forschung der IEA zu integrieren. Dazu gehört die Berücksichtigung der nicht-technischen Fragestellungen der Städte.

In drei Untergruppen beschäftigten sich die Teilnehmer aus acht Ländern mit Dekarbonisierungs-Strategien, integrierten Planungskonzepten sowie mit Daten, Werkzeugen und Methoden. Einigen Ländern fehlen integrierte Stadtentwick-

lungskonzepte, die über eine rein städtebauliche Planung hinausgehen und Wechselwirkungen der unterschiedlichen Sektoren berücksichtigen, insbesondere von Energie und Mobilität. Dies liegt unter anderem an fehlenden Zuständigkeiten und sektoralen Verwaltungsstrukturen. Zum anderen gibt es in weiteren Fällen keine Verknüpfung der integrierten Konzepte mit operativen Maßnahmen und Investitionen zur Umsetzung.

Künftig sollen die verschiedenen technischen Möglichkeiten stärker beleuchtet werden. Zum anderen wird der Themenbereich „Integrierte Planungskonzepte“ mehr auf Dekarbonisierung und Transformationsprozesse ausgerichtet.

ANSPRECHPARTNER

Jens Freudenberg | j.freudenberg@deutscher-verband.org

Karsten Gerkens neuer Leiter des URBAN-Netzwerks

Bei der 70. Tagung des Deutsch-Österreichischen URBAN-Netzwerks am 16. und 17. Mai 2019 in Düsseldorf wurde Karsten Gerkens als neuer Leiter des Netzwerkes begrüßt. Bis 2018 war er Amtsleiter für Stadtentwicklung und Wohnraumförderung der Stadt Leipzig. Er folgt auf Rolf G. Engels, früher Mitarbeiter im Bundeswirtschaftsministerium, der die Leitung seit 2015 innehatte.



Karsten Gerkens

Seit den 90er Jahren trug Gerkens mit EU-Fördermitteln zu einer nachhaltigen Entwicklung der Stadt Leipzig bei. Sein Vorgänger Engels setzte sich insbesondere für den Austausch zwischen Kommunen, Ländern und der europäischen Kommission ein. Hierfür bedanken wir uns herzlich bei Rolf Engels. Gleichzeitig heißen wir Karsten Gerkens im Netzwerk willkommen und freuen uns auf eine gute Zusammenarbeit.



Rolf G. Engels

Ergebnisse der Ergänzungswahl zum Verbandsrat

Am 28. Mai 2019 haben die Mitglieder des DV in Berlin die folgenden Persönlichkeiten in den Verbandsrat gewählt:

- **Martin Dornieden**, Präsident des BFW Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf und Geschäftsführer Dornieden Generalbau GmbH, Mönchengladbach
- **Axel Kasterich**, Bereichsleiter Infrastruktur, DKB Deutsche Kreditbank, Berlin
- **Christian König**, Hauptgeschäftsführer, Verband privater Bausparkassen, Berlin
- **Stefan Krapp**, Baudirektor, Einzelmitglied, Ministerium des Innern, für Bau und Heimat, Referat SW I 4 Soziale Stadt, Städtebauförderung, ESF, Berlin
- **Christa Reicher**, Einzelmitglied, Leitung des Lehrstuhls und Instituts für Städtebau und Entwerfen an der RWTH Aachen
- **Alexander Rychter**, Verbandsdirektor vdw Rheinland-Westfalen, Düsseldorf
- **Ralf Sommer**, Vorsitzender des Vorstandes der IFB Hamburgische Investitions- und Förderbank, Hamburg

Den neuen Verbandsräten gratulieren wir herzlich zur Wahl und danken ihnen für ihr Engagement für unseren Verband.

TERMINE

4./5. September 2019 | Dortmund
Strategien für die Innenstadt der Zukunft
Bundeskongress „Urban Offline Forum“

18.-20. September 2019 | Stuttgart
Ansätze und Strategien der Stadtentwicklungspolitik
Bundeskongress Nationale Stadtentwicklungspolitik

25. September 2019 | Köln & die Niederlande
Bauen und Wohnen neu denken
Fachexkursion der Schwäbisch Hall-Stiftung „bauen-
wohnen-leben“
